



# STARTWOCHEENZEITUNG

Startwoche 2021

Eine Beilage der Landeszeitung

Freitag, 15. Oktober 2021

## Wir müssen reden

Nach Kritik am Motto „New Deal“: Eine Gegenrede des Startwochen-Teams  
► Seite 10

## Szene unter Druck

Sexismus im Deutschrapp: Ein Hashtag gegen das Schweigen  
► Seite 12

## Alarmstufe Rot?

Stilsicher durch den Starkregen. Wie sich Lüneburg auf die Wassermassen vorbereitet.  
► Seite 11



### EDITORIAL



Von Fynn Dresler

## Schutz suchen

Als weißer Mann fühle ich mich sicher in Lüneburg. Doch dieses Gefühl ist fragil. Allein der bewaffnete Angriff auf dem Campus verändert meine Wahrnehmung der Orte, an denen ich mich täglich bewege. Wenn das Sicherheitsgefühl erst einmal der Angst weicht, sind Menschen gehemmt darin, sich frei zu bewegen. In einer Gesellschaft nach meinen Vorstellungen sollte dazu aber jede:r die Möglichkeit haben. Doch wer schützt uns? Die Polizei soll für Gerechtigkeit und Ordnung sorgen, allerdings fühlen sich längst nicht alle durch das staatliche Gewaltmonopol geschützt. Berichte von Polizeigewalt gegen Schwarze und People of Color kratzen am Image des „Freund und Helfers“ und werfen die Forderung nach Veränderung auf. Auch innerhalb der Polizei beteiligt man sich an der Debatte: Mitglieder der Bundesvereinigung „Polizei Grün“ fordern strukturelle Veränderung in der Ausbildung und ein neues Selbstverständnis der Polizei. So soll sich das Verhältnis zwischen Bürger:innen und Polizist:innen bessern, damit am Ende alle mit einem Gefühl von Sicherheit durchs Leben gehen können. Das Interview dazu lesen Sie auf Seite 10.

# Meine Suche nach dem Fremden

Raus aus den Echokammern unserer Gesellschaft: Unsere Autorin hat es probiert

VON FRANZISKA DÖRSCHEL

Selten rede ich mit Fremden. Ich fange kein Gespräch mit der Sitznachbarin im Bus oder dem Herrn neben mir an der Supermarktkasse an. Ich studiere Umweltwissenschaften, lebe vegan und finde gendergerechte Sprache wichtig. Die meisten Menschen in meinem Umfeld leben so. Wir diskutieren meist lediglich Details, über die wir uns einig sind. Die Welt, in der ich mich bewege, ist homogen – und spiegelt in keinem Fall die Gesellschaft dieses Landes wider. Ich bewege mich in Kreisen, in denen ich wenig Widerstand erlebe. Ist das schlimm?

### Vorurteile werden abgebaut, wenn wir auf Andere treffen

In unserer globalisierten Welt sind wir auf Zusammenarbeit außerhalb der Komfortzone angewiesen. Zahlreiche Studien zeigen jedoch, dass wir Menschen außerhalb unserer Echokammern vermehrt als egoistisch, unintelligent und böswillig empfinden. Was also tun?

Der Sozialpsychologe Gordon Allport hat 1954 seine Kontakthypothese dargelegt: Vorurteile werden abgebaut, wenn wir Menschen außerhalb unserer Gruppe kennenlernen. Bis heute wurde die Hypothese in etlichen empirischen Befunden bestätigt.

Während ich mich mit Transformation und Nachhaltigkeit

beschäftige, frage ich mich immer wieder, wie ich mein Engagement aus meiner Lebensrealität in die breite Gesellschaft bringen kann. Ich möchte mich deshalb auf den Weg machen, möchte anderen zuhören. Mit anderen reden. Das klingt so einfach. Aber ist es das auch?

Mir fällt das Projekt „Deutschland spricht“ ein. Hier werden Menschen mit unterschiedlichsten politischen Ansichten zusammengebracht, sie sollen ins Gespräch kommen – ein bisschen wie Tinder für Politik. Die Initiator:innen waren – wie ich – vor einigen Jahren erschrocken über die Wahl von Trump, über die Brexit-Entscheidung und die Polarisierung anlässlich der Migration in Deutschland. Ihre Frage kannst du auch dir stellen: Würdest du jemanden treffen wollen, der oder die deinen Ansichten komplett widerspricht? Für meinen Steckbrief beantwortete ich zehn Fragen. „Sollten Kurzstreckenflüge in Deutschland verboten werden?“ Ja. „Soll es einen bundesweiten Mietendeckel geben?“ Ja.

Ein Algorithmus verbindet mich mit dem Unternehmer W. (70). Mir wird mulmig, als ich seinen Steckbrief lese. „Was bereitet Ihnen seit Beginn der Corona-Krise am meisten Sorgen?“ Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten. „Was mögen Sie gar nicht?“ Klima-Diktatur. Zögerlich schreibe ich ihm. Zwei Wochen später schickt er mir aus einem Strandkorb seines eigenen Hotels sonnige Grüße. Bei

Unsere Autorin debattiert mit einem Passanten über die Energiewende.  
Foto: Greenpeace

einem Abendspaziergang rufe ich ihn an. Wir reden mehr über Privates als über die zehn Fragen. Zum Abschied sagt er: „Ich habe es ein bisschen genossen“.

## Wir könnten etwas mutiger aufeinander zugehen

Danach bemerke ich, wie gut mir ein Einblick in die Geschichte eines Unbekannten tut. Obwohl oder gerade weil er für mich bislang Teil einer gesichtslosen Masse war. Das Gespräch hat mir gezeigt, dass wir einander trotz konträrer Ansichten zuhören und gespannt über das sein können,

was die andere Person zu berichten hat.

Ich bin motiviert, weiter mit anderen Menschen zu reden. Wieder wird mir ein älterer Herr zugeteilt, der keine der zehn Fragen wie ich beantwortet hat. Rentner P. (72) erzählt, er sei Positivist und glaube an eine gute Zukunft. 20 Jahre war er im Stadtrat und schreibt heute als „weißer Elefant“ in linken Zeitungen sarkastische Kommentare. Er beichtet mir seine „Unart“, mit Ryanair regelmäßig quer durch Europa zu fliegen, um dort in Backpacker-Hotels neue Leute kennenzulernen. Viele seiner politischen Ansichten halte ich für abwegig und in kaum einem Punkt sind wir uns einig. Dennoch: Wir sind interessiert, die andere Person zu verstehen.

Eine Woche später in Münster: Auf dem Domplatz sehe ich Kinder durch einen drei Meter hohen Regenbogen rennen. Die Organisation Greenpeace möch-

te Passant:innen ins Gespräch bringen. Ich setze mich auf einen der Palettenstühle. Neben mir ein weiterer Stuhl, vor mir ein Tisch mit Gesprächskarten: „Darauf kommt es an: Zuhören“. Nach wenigen Sekunden kommt L. zu mir. Er arbeitet im Bereich der erneuerbaren Energien, schaut jedoch anders als P. in die Zukunft: Es sei schon „zu spät“, Stichwort Kippunkte. Was ihn motiviert, sich weiter zu vernetzen und für eine Energiewende einzutreten? „Begegnungen – wie mit dir“, sagt er.

### Ich höre dir zu, damit ich dich verstehen kann

Warum bleibt der Dialog oft aus? Sehen wir die eigene Meinung als unumstößlich? Oder fehlt es an Räumen der Begegnung?

Respekt vor abwertenden Kommentaren hatte ich auch. Jedoch bin ich in vieler Hinsicht privilegiert, gehöre zu keiner häufig diskriminierten Minderheit. Das will ich nicht vergessen. Vielleicht können wir alle versuchen, etwas mutiger aufeinander zuzugehen. Und vielleicht können wir dann sogar sagen: „Ich kann dich verstehen, auch wenn ich nicht deiner Meinung bin. Ich höre dir zu, damit ich dich verstehen kann und nicht nur, um meine Position zu verteidigen.“

Noch immer glaube ich nicht an eine Klimadiktatur. Meine Forderung nach einem radikaleren Braunkohleausstieg hat sich nicht verändert, auch nicht die zu den Mietpreisen. Jedoch fühle ich mich so manchem Fremden nun ein Stück mehr verbunden. Es kostete mich Überwindung, erst einmal das Gespräch einzugehen. Doch die Überwindung lohnte sich. Jedes Mal.



# Das Klima schließt keine Deals

Bücher lassen sich nicht nach ihrem Einband beurteilen – ist es angemessen, die Opening Week 2021 nur nach dem Titel „New Deal“ zu bewerten, und zwar bevor sie überhaupt zu Ende ist? Im Leitartikel der Startwochenzeitung am Montag wurde besagter Titel scharf kritisiert. Ein New Deal würde nur die Symptome der gegenwärtigen Krisen behandeln, nicht aber die tatsächliche Wurzel angreifen: nämlich das kapitalistische Wirtschaftssystem und die daraus resultierenden Machtstrukturen. Es handele sich um einen faulen Kompromiss; wenn der Klassenkonflikt sich nicht weiter zuspitzt, käme es am Ende zu

einer „Klassenfahrt in die Klimakatastrophe“ – so die Argumentation.

Natürlich stellte der ursprüngliche New Deal – ein Maßnahmenpaket der US-Regierung unter Präsident Roosevelt gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Anfang des letzten Jahrhunderts – eine Intervention unter Bedingungen des Kapitalismus dar und nicht gegen ihn. Der New Deal der Opening Week 2021 entlehnt sich von der historischen Vorlage aber keineswegs diese inhaltliche Ausgestaltung. Es geht darum, zu verhandeln – im wörtlichen Sinne. Die Erstsemester-Studierenden bekommen Gelegenheit, mit

Eine **Gegenrede** von Pascal Kölpin und Andrea Sippel, Startwochen-Team

Wissenschaftler:innen und Expert:innen über die Zukunft zu sprechen. Versäumt es die Leuphana dabei, die Systemfrage zu stellen und grundsätzliche Mechanismen unseres Wirtschaftssystems zu hinterfragen?

Lassen wir den Begriff New Deal einmal beiseite und schauen auf die Gästeliste der Startwoche, um ein Urteil zu fällen: Maja Göpel fordert in ihrem Buch „Unsere Welt neu denken“ eine Reform unseres Wirtschaftssystems und lädt alle

dazu ein, eine wünschenswerte Zukunft zu gestalten. Niko Paech ist Begründer der Postwachstumsökonomie und sieht den „Green Deal“ der EU als neue Wachstumsstrategie entsprechend kritisch. Bernd Ulrich, der stellvertretende Chefredakteur der ZEIT, und die Klima-Aktivistin Luisa Neubauer haben gerade das Buch „Noch haben wir die Wahl“ veröffentlicht, um im Generationenkonflikt zu vermitteln. Francesca Bria ist Innovationsökonomin und Expertin für

digitale Politik in Europa. Und Claudia Kemfert eine progressive Kraft im politischen Kampf um den Ausbau erneuerbarer Energien. Diesen und weiteren Expert:innen liegt am Herzen, die Probleme der Menschheit zu lösen, bevor es zum Crash kommt. Denn es ist mehr als fraglich, ob ein solcher wirklich eine gerechtere, demokratischere Welt hervorbringen würde.

Am Ende wollten wir die Erstsemester-Studierenden vor allem zum Nachdenken bringen: Brauchen wir einen New Deal? Wie könnte er aussehen? Welche Kompromisse müssen wir eingehen? In welchen Bereichen könnten wir uns Kompromisse über-

haupt noch leisten? Wenn die Opening Week 2021 bei den Teilnehmenden Denkprozesse dieser Art ausgelöst hat, war sie ein Erfolg. Schade wäre es, wenn die Kritik am bloßen Titel der Startwoche solche Prozesse von vornherein verhindert hätte.

Am Ende ist der Begriff New Deal vielleicht gar nicht so sehr wegen seiner Geschichte angreifbar, sondern vielmehr aufgrund seiner wörtlichen Bedeutung. Natürlich können wir viele gesellschaftliche Themen miteinander verhandeln. Digitalisierung, Demokratisierung, Fragen der sozialen Gerechtigkeit? Sicherlich. Aber das Klima schließt keine Deals.

## „Es gibt keine Fehlerkultur innerhalb der Polizei“

Die Polizeiarbeit der Zukunft: Ein Gespräch über die Potenziale von Kommunikation, Deeskalation und Bürger:innennähe

VON NELL SCHEFFLER UND TITA VOLLSTEDT

Björn Schmaering arbeitet für die Bundespolizei in einem Ausbildungszentrum. Andreas Scheper ist stellvertretender Kommissariatsleiter in Hamburg-Poppenbüttel und Hundertschaftsführer in der Alarmabteilung. Beide sind Mitglieder der Berufsvereinigung „Polizei Grün“ und äußern sich in dieser Funktion.

### INTERVIEW

Was macht gute Polizeiarbeit aus?

**Andreas Scheper:** Dass man mit allen Menschen respektvoll umgeht, losgelöst vom sozialen Status. Jeder wird von mir gleich behandelt. Egal ob Obdachloser oder Partygast. Der Umgang miteinander kann gut funktionieren, und mir wurde auch von Bürgerinnen gesagt, dass dies an meiner Art liegt, wie ich ihnen wertschätzend und möglichst vorurteilsfrei begegne. Wenn beispielsweise die Antifaschistische Aktion eine Demonstration gegen Rassismus in der Polizei anmeldet, ist der Umgang aufgrund des Verhältnisses zwischen Antifa und Polizei bekanntlich schwierig. Ich habe mich der Veranstalterin persönlich vorgestellt und ihr vermittelt, dass ich dafür zuständig bin, die Veranstaltung sicher durchzuführen, wie es der klassische Auftrag der Polizei ist. Diese war offenkundig irritiert über mein Verhalten, da ich wahrscheinlich nicht ihr Klischee der Polizei bediene. Ich weiß, dass viele meiner Kolleginnen so eine Situation anders angehen.

**Björn Schmaering:** Hier ist die Ausbildung ein wichtiger Faktor. Mir ist es ein persönliches Anliegen, junge Menschen auszubilden, die ein demokratisches Verständnis von Polizeiarbeit haben. Ich möchte ihnen beibringen, dass Polizei nur funktionieren kann und von

Bürger:innen akzeptiert wird, wenn sie transparent ist, verlässlich rechtmäßig handelt und grundrechtsschonend eingreift. Leider ist aber die Grundstruktur der Ausbildung eine sehr mechanische. Es geht vor allem darum, Masse auszubilden. Also sehr viele junge Menschen zur Polizei zu bringen. Die Inhalte werden auf das Notwendigste reduziert. Zusätzlich wird ein gewisses Polizeibild beigebracht. Was mich stört: Viele gehen nach zweieinhalb Jahren Ausbildung raus und handeln nach dem beigebrachten nicht bürger:innen-nahen Polizeibild. Stattdessen ist die Einstellung oft elitär und mit einer Machtposition verbunden. Die Bestimmung der Polizei, gemeinsam mit den Bürger:innen Sicherheit zu produzieren, geht dadurch verloren und ein Gefühl von „wir“ und „die“ entsteht.

Wie äußert sich dieses „wir“ gegen „die“?

**Scheper:** Viele junge Polizist:innen erleben heute in einer Konfliktsituation das erste Mal, dass ihnen Hass entgegenschlägt oder man sie angreift, weil sie eine Uniform tragen. Es gibt Hilfsangebote für besonders harte Fälle, wie das Kriseninterventionsteam. Aber das ist in der konservativ geprägten Polizei nicht wirklich anerkannt.

**Schmaering:** Ich glaube, dass dieser konservative Arbeitsansatz der Polizei auch nachwächst. Die Schuld dafür liegt sowohl in Ausbildungsstrukturen als auch bei den Medien und Gewerkschaften. Junge Menschen sind, wenn sie zu uns in die Ausbildung kommen, noch sehr beeinflussbar. Wenn ich ihnen in den ersten Jahren nur vermittele, wie gefährlich der Be-

ruf ist, dann ist klar, dass sie eine Opferrolle einnehmen und sich ständig im Verteidigungsmodus befinden.

Was meinen Sie mit „Verteidigungsmodus“?

**Scheper:** Der Hamburger Polizeipräsident möchte die Polizei weg vom Image des „crime fighter“ hin zum „public policing“ bringen. Ich erkenne nur marginal, dass das von Führungskräften aufgenommen und umgesetzt wird. Es ist wichtig, den Respekt zu Bürger:innen bei den angehenden Polizist:innen zu platzieren, anstelle eine gewaltbereite, nur auf Befehl reagierende Gruppe auszubilden. Das ist nicht unser Bild einer demokratischen Polizei.

**Schmaering:** Beispielsweise ist bei Fußballspielen die Bereitschaft, sich einem dortigen Einsatz mit einem deeskalativen Ansatz zu nähern, nahezu nicht vorhanden. Es wird von vornherein aufgerüstet. Dies bekommt die andere Seite auch mit und reagiert. Es gibt keinerlei Bereitschaft in der Polizei, diesen Ansatz zu hinterfragen. Die Medien, Politik und Polizeigewerkschaften tragen häufig dazu bei, dass ein bestimmtes Bild der Polizei befeuert wird. Beim G20 Gipfel in Hamburg beispiels-

weise wurde sofort Druck gemacht, dass die Veranstaltung zu 100 Prozent sicher gemacht wird. Schon bevor irgendetwas passiert ist, wurde Gewalt herbeigeredet. Das hat auf beiden Seiten zu einem Wettrüsten geführt.

Das ist beim G20-Gipfel dann ja auch schiefgelaufen...

**Scheper:** Stimmt. Es gibt auch bei berechtigter Kritik keine Fehlerkultur innerhalb der Polizei, keine Bestrebung, auch mal zu sagen „Es tut mir leid“. Man sollte in einer Demokratie offen mit Fehlern umgehen. Es ist nicht schlimm, sie zu machen, aber wenn man Fehler nicht als solche erkennt, ist man auf einem ganz schwierigen Weg.

Hat sich die Beziehung zwischen Polizei und Gesellschaft verschlechtert?

**Scheper:** Ich denke nicht. Die körperlichen Auseinandersetzungen waren beispielsweise früher schlimmer als heute. Die Gewaltbereitschaft ist gesunken. Das wird in den sozialen Medien aber anders dargestellt. Da findet keine direkte Kommunikation miteinander statt, und viele Themen werden stark aufgebläht, die draußen teilweise nicht in der Form existent sind.

Und im Berufsalltag ist das nicht machbar?

**Scheper:** Der Apparat Polizei ist

behäbig. Hier werden aktuell die meisten Entscheidungen von konservativen Parteien getroffen. Das Problem ist, dass politisch eher links eingestellte Polizist:innen kaum die Möglichkeit haben, sich Gehör zu verschaffen. Die Vereinigung „Polizei Grün“ möchte das ändern.

**Schmaering:** Wir vertreten den Ansatz, dass Polizeiarbeit viel evidenzbasierter und weniger aus dem Bauch heraus betrieben werden soll. Unser Verein ist aktuell noch sehr klein, aber ich glaube schon, dass es in der deutschen Polizei ein Bewusstsein dafür gibt, diese Wagenburgmentalität nicht zielführend ist.

Wie soll man Ihnen als Polizist:innen begegnen?

**Schmaering:** Häufig wird von Polizeigewerkschaften gesagt, dass die Bevölkerung uns Respekt erweisen muss. Das ist für mich die völlig falsche Formulierung. Wir haben zwar Anspruch darauf, respektvoll behandelt zu werden. Aber nicht als die Instanz Polizei, sondern als Polizist:in.

**Scheper:** Man kann nur über das Gespräch eine Veränderung hervorufen. Damit Gespräche möglich sind, wünsche ich mir, dass die Menschen trotz negativer Erlebnisse mit der Polizei versuchen, zu differenzieren und wieder neu offen auf uns zuzugehen.

## Aufmerksam zuhören und Hilfe leisten

VON LORENA ZAPKE

Der englische Begriff „Awareness“ bedeutet wörtlich übersetzt Aufmerksamkeit. Er kommt aus der Psychologie. Gemeint ist damit ein situationsbezogenes Bewusstsein einer Person über ihre Umgebung sowie die Handlungsimplicationen, die sich daraus ergeben. Es geht also vor allem um Wahrnehmung und individuelles Verhalten. Während der Startwoche gibt es für Erstsemester im Zentralgebäude einen eigenen Anlaufpunkt: ein Awareness-Team. Es ist besonders bei Fällen von Diskriminierung wie Sexismus, Rassismus oder Homophobie zur Stelle.

Betrieben wird der Stand von einer kleinen Gruppe Studierender. Susan Mudallal ist eine von ihnen. Sie erklärt, dass sie immer in Dreier-Teams arbeiten. Eine Person kümmert sich um den Stand und Telefonanrufe. Zwei andere Teammitglieder laufen über den Campus, verteilen Flyer und gehen mit Menschen, die ihre Hilfe brauchen, in Einzelgespräche. Dazu nutzen sie ihren geschützten Raum an der Uni. Dieser ist mit Decken und Süßigkeiten ausgestattet. „Wichtig ist, dass einer Person emotionale Hilfe gegeben wird. Etwa bei Ereignissen, die an dem Tag passiert sind oder die unmittelbar mit Kommiliton:innen, Professor:innen oder der Institution Universität zusammenhängen“, erklärt sie.

Als es am Montagmorgen auf dem Campus zu einem Messerangriff auf einen Tutoren kam, wurde auch das Awareness-Team hinzu gerufen. Es versuchte, situativ allen betroffenen Personen emotionale Unterstützung zu geben. „Das ist aber keine normale Awareness-Arbeit. Deshalb war es uns wichtig, dass professionelle Hilfe noch dazu kam.“, betont Mudallal. „Wir sind ja keine ausgebildeten Psycholog:innen. Die meisten von uns haben zu bestimmten Themen eine eigene Betroffenheit und können deshalb mit den Menschen gut darüber reden.“ Grundsätzlich arbeitet das Awareness-Team auf Veranstaltungen situationsbezogen und daher häufig zusammen mit der Security oder Sanitäter:innen. Ein Betreuungsangebot darüber hinaus gibt es nicht, sie können aber Beratungsstellen weiterempfehlen.



Andreas Scheper.



Björn Schmaering.



Fotos: Nell Scheffler (2), AdobeStock (2)

# (Un-)Geahnte Kräfte

Die Erderhitzung macht Extremwetter häufiger. Wie sich die Hansestadt auf Starkregen vorbereitet

VON LUISA GOHLKE

Überlaufende Gullys und überschwemmte Wege. Auf der Willy-Brandt-Straße in Lüneburg krochen die Autos im Schrittempo voran. Durchnässte Radler:innen und Spaziergänger:innen flüchteten sich in überdachte Hauseinfahrten: Am Freitag vor den Kommunalwahlen im September hat es die Hansestadt nass erwischt.

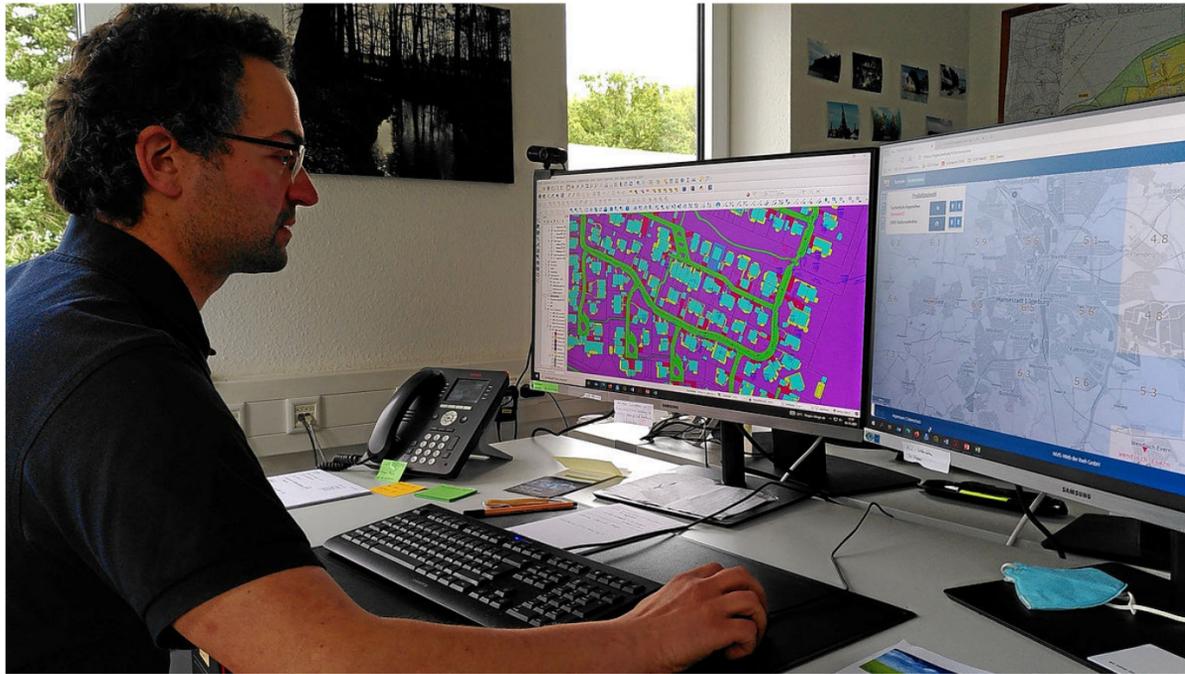
Was noch eine Ausnahme ist, könnte bald Normalität sein. Starkregen und die Erderhitzung hängen zusammen. Für die Lüneburger:innen stellt sich daher die Frage, wie die Stadt auf solche Ereignisse vorbereitet ist. Und ob hinter den Kulissen genug passiert.

Es gibt detaillierte Forschung zu regionalen Auswirkungen des Erderhitzung. Die sogenannten Klimaansichten erstellt das Climate Service Center Germany (GERICS) aus Hamburg. Eine Erkenntnis für den Landkreis Lüneburg: Im Zeitraum 1986 bis 2015 ist die Jahresmitteltemperatur im Vergleich zu den drei Jahrzehnten davor um etwa 0,9 Grad Celsius gestiegen.

Was nach wenig klingt, hat bereits Auswirkungen. Bis Mitte des Jahrhunderts beschreibt der Klimaansicht für den Landkreis im schlechtesten Fall eine Zunahme der Jahresmitteltemperatur von 3 Grad im Vergleich zu 1971 bis 2000.

Der Zusammenhang mit dem Niederschlag ist klar: Warme Luft kann mehr Feuchtigkeit halten. Dadurch dauern die Regenfälle länger und werden intensiver. Wenn die Emissionen weiterhin hoch sind, werden die niederschlagsreichsten Tage in den kommenden Jahrzehnten noch mehr Regen mit sich bringen.

Allerdings weisen die Daten für den Landkreis eine große



Projektingenieur Mario Tucci verzeichnet im Generalentwässerungsplan, welche Flächen wie stark versiegelt sind.

Foto: Luisa Gohlke

Spannbreite auf. Bleibt der Klimaschutz weiterhin unzureichend, reicht diese Spannbreite beim Jahresniederschlag von einer Abnahme um knapp 8 Prozent bis zu einer fast 30-prozentigen Zunahme. „Wir beobachten allgemein, dass vor allem die Sommer trockener und die Winter regenreicher werden“, sagt Dr. Andreas Becker, Leiter der Abteilung Klimaüberwachung beim Deutschen Wetterdienst (DWD).

## Noch acht Stunden nach dem Regen abgeflossen

Heftige Niederschläge in einer bestimmten Zeit nennt der DWD Starkregen. Er warnt bereits ab 15 Litern pro Quadratmeter Niederschlag in einer Stunde. Zum Vergleich: Am 10. September kamen laut Geschäftsführer Lars Strehse von der Abwasser, Grün & Lüneburger Service (AGL) im Piek 55 Liter pro Quadratmeter und Stunde herunter. Das Wasser sei noch bis acht Stunden nach dem Regen auf voller Leistung abgeflossen. „So was hatten wir noch nie“, sagt Strehse.

Der Norden sei „lange gesegnet“ gewesen, sagt Becker. Damit ist es aber vorbei. Er macht deutlich, dass Starkregen mittlerweile

„jeden Ort treffen“ kann. Dadurch, dass sich die Folgen des Klimawandels oft nicht linear fortsetzen würden, fehle das Risikobewusstsein: „Bei Extremwetter hat der Klimawandel den stärksten Effekt.“

Volker Schulz, Bereichsleiter Umwelt der Hansestadt, sieht das ebenso. „Im Studium war das kein Thema.“ Erst langsam wachse das Bewusstsein für die Konsequenzen des Klimawandels.

Was heißen diese Erkenntnisse für Lüneburg? Wenn es hier zu Starkregen kommt, sind mehrere Akteur:innen beteiligt: vor allem Feuerwehr, Technisches Hilfswerk (THW) und Polizei. Vorbereitungszeit bleibt ihnen kaum. „Wir rücken aus, wenn Einsätze gemeldet werden.“ Bei Lagen wie am 10. September übernehme für ein schnelleres Handeln eine Leitung vor Ort, sagt der Sprecher der Feuerwehr, Daniel Roemer. Wichtige Zufahrten wie zum Krankenhaus sowie Straßensensoren und Keller werden, teils mit dem THW zusammen, ausgepumpt. Die Polizei ist vor allem für Verkehrsmaßnahmen zuständig.

Wie steht es um die Kanäle? „Kein Abwassersystem der Welt kann auf Starkregen ausgerichtet

gebaut werden“, sagt AGL-Geschäftsführer Strehse. Weder wirtschaftlich noch ökologisch sei das sinnvoll, so die AGL. Es seien „Privatpersonen gefordert“.

Das sieht Volker Schulz aus dem Umweltamt ähnlich. Es schaffe mehr Bewusstsein, wenn die Menschen die Ereignisse miterleben. Rückstauklappen einbauen, Keller und Tiefgarageneinfahrten schützen oder vermeiden, Regenwasser im eigenen Garten versickern – das ist Aufgabe der Eigentümer:innen. „Kommunikation ist ganz wichtig, um Angst zu nehmen“, sagt Volker Schulz.

Aber auch die Stadt Lüneburg kümmert sich. Für das Neubaugebiet Wienebüttel gibt es Vorschriften zu Gründächern, auf

denen Regen versickern kann, und ein verbessertes Regenrückhaltesystem.

Außerdem will der Ausschuss für Feuerwehr und Gefahrenabwehr, dass die Stadt in Sirenen investiert. Damit sollen die Bürger:innen bei „jedweden Gefahrenlagen, bei denen eine Warnung sinnvoll und zielführend scheint“ alarmiert werden, erläutert der Ausschuss-Vorsitzende Christian-Tobias Gerlach schriftlich.

Für zielgerichtete Maßnahmen ist es wichtig zu wissen, welche Orte von Starkregen besonders betroffen sind. Gleich zwei Stellen suchen nach einer Antwort. Der AGL-Projektingenieur Mario Tucci koordiniert derzeit die Erstellung eines aktualisierten, digitalen und zugänglichen

Generalentwässerungsplans (GEP). Mithilfe von Luftbildern bis auf Bordsteinhöhen und Dachbedeckung genau kann nah an der Realität berechnet werden, wie viel Regenwasser versickert und wie viel in den Kanälen landet. Die Leitfrage dabei: Kann die Kanalisation alles ableiten – heute, aber auch zukünftig?

Starkregen ist laut Tucci schon immer Teil der Berechnungen gewesen. „Allerdings verändern sich die Ereignisse durch den Klimawandel natürlich“, sagt er. Bis er aber mit seinen Berechnungen so weit ist, dass er Prognosen errechnen kann, dauert es noch. Das Ableiten von Starkniederschlägen sei laut Tucci jedoch nur ein kleiner Teil der Aktualisierung des GEP.

## Modell soll anzeigen, was besonders gefährdet ist

Gleichzeitig ist die Umweltabteilung der Stadt dabei, bis Sommer 2022 Starkregen in Lüneburg zu kartieren. Sie arbeitet an einem Modell, das digital berechnet werden kann und anzeigen soll, welche Straßen, Häuser und Zufahrten besonders gefährdet sind. Dadurch erhofft sich Schulz „schnellere Reaktionen“ und Handlungsempfehlungen in Zusammenarbeit mit Expert:innen.

Mit diesen Vorhaben begibt sich Lüneburg auf den Weg, mit Starkniederschlägen umzugehen. Sie wache aber in Bezug auf die Klimakrise erst langsam auf, heißt es von verschiedenen Stellen der Verwaltung. Auf Anfrage der Grünen im Umweltausschuss lautete die Antwort schon 2016: „Es ist der Verwaltung bewusst, dass die Klimafolgen auch in Lüneburg die Wahrscheinlichkeit von Starkregen ansteigen lassen.“

## HINTERGRUND

### Ab wann sind Daten verlässlich?

Ab einem untersuchten Zeitraum von 30 Jahren wird von Klimaforschung gesprochen. Wenn es Daten zu einem kürzeren Zeitraum gibt, kann noch nicht fundiert auf einen Zusammenhang mit dem Klima geschlossen werden. Flächen-

deckende Wetterüberwachung mittels Radartechnik gibt es für Niederschlagsdaten beim Deutschen Wetterdienst erst seit 20 Jahren. Bezogen auf die steigenden Temperaturen ist allerdings lange erwiesen, dass der menschengemachte Klimawandel

der Grund ist. Der Zusammenhang zwischen Erderhitzung und Niederschlag ist ebenfalls wissenschaftlich belegt. Wärmere Luft hält mehr Feuchtigkeit: pro Grad Celsius sieben Prozent. Das macht längere und intensivere Regenfälle.

# Der lange Weg in den Arbeitsmarkt

735 Behindertenwerkstätten gibt es. Eine Reform ist nötig

VON FINJA HONDRICH

Ein Montagmorgen in Hamburg-Bahrenfeld. Ein metallisches Klirren und das schrille Geräusch einer Holzäge durchbrechen die Stille. Auf einem Gewerbehof, umgeben von der Freiwilligen Feuerwehr, einem Rollerverleih und einem Schiffsausrüster, befindet sich eine Werkstatt. Die Menschen hier arbeiten in unterschiedlichen Bereichen, von der Verpackung über die Montage bis hin zum Digitaldruck. Eine Küche, eine Tischlerei und eine Kunstgalerie gibt es auch. Die Elbe West ist eine Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) und gehört zu einem der größten Werkstattverbände Deutschlands.

Werkstätten für behinderte Menschen sind Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation. Ihr gesetzlicher Auftrag ist es, Menschen mit Behinderung eine Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Deutschlandweit arbeiten in Werkstätten rund 320.000 Menschen, die nicht auf dem Allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können. Die Zahl der Einrichtungen in Deutschland ist zuletzt gestiegen, auf 735.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM) sagt: „Werkstatt ist mehr als ein Job“. Nämlich ein geschützter Raum ohne Mobbing, mit Wertschätzung und Gemeinschaft. Der BAG WfbM zufolge fördern Werkstätten Inklusion, „weil die Menschen sonst gar keine Chance auf Arbeit hätten“. Allerdings gelingt nur knapp einem Prozent der Werkstattbeschäftigten der dauerhafte Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Ein UN-Ausschuss kritisierte im Jahr

2015 das System von Werkstätten und forderte Schritt für Schritt ihre Abschaffung.

Der Weg aus einer Werkstatt beginnt in den meisten Fällen mit einem Praktikum. Darauf folgt ein ausgelagerter Außenarbeitsplatz, in dem die Menschen zwar in einem Betrieb arbeiten, aber weiterhin als Werkstattbeschäftigte angestellt bleiben. Eine dauerhafte Übernahme gelingt nur über die staatliche Ein-

gliederungshilfe „Budget für Arbeit“. Dabei wird eine persönliche Assistenz am Arbeitsplatz gestellt, und das Unternehmen erhält einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent.

Die geringe Vermittlungsquote hat mehrere Gründe: Das Gehalt der Beschäftigten wird aus dem Ertrag der Werkstatt gezahlt, wodurch ein wirtschaftlicher Druck entsteht. Die Auftraggeber sind größtenteils Un-

ternehmen aus der Privatwirtschaft, in Elbe West etwa die Otto Group, Beiersdorf und Luftansa Technik. Sven Neumann, Koordinator der Außenarbeitsplätze, erkennt einen „Spagat zwischen Rehabilitation und Produktion“. Viele Werkstätten wollen ihre besten Mitarbeitenden nicht verlieren.

Darüber hinaus ist auch die geringe Bereitschaft, Menschen mit Behinderung einzustellen, ein Vermittlungshemmnis. Viele Unternehmen kennen das Budget für Arbeit nicht und schrecken vor Kosten zurück.

Werkstattbeschäftigte verdienen lediglich ein Taschengeld für ihre Arbeit, im Schnitt sind das etwa 200 Euro im Monat. Sie haben nur einen arbeitnehmerähnlichen Rechtsstatus und deshalb keinen Anspruch auf Mindestlohn. Das verstößt gegen Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention, das „Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen“. Die Forderungen nach einem

Mindestlohn werden immer lauter. Dafür kämpft Lukas Krämer, ehemaliger Werkstattbeschäftigter und mittlerweile YouTuber, mit der Petition #StellUnsEin. Für die BAG WfbM greift diese Forderung zu kurz. Denn mit der Einführung des Mindestlohns würden die Beschäftigten ihren arbeitnehmerähnlichen Status und mit diesem auch gewisse Sozialleistungen und besondere Schutzrechte verlieren. Dennoch fordert auch sie eine grundlegende Reform des Entgeltsystems.

Sollten Werkstätten abgeschafft werden? Dafür sind neben dem UN-Ausschuss auch der Menschenrechtsaktivist Raul Krauthausen. Michael Schneider, Betriebsleiter der Elbe West, sagt dazu: „Das sehen wir auch so, nur noch nicht in den nächsten Jahren. Die gesellschaftliche Struktur ist noch nicht so weit.“ Neumann vertritt diese Meinung: „Man kann Werkstätten nicht von jetzt auf gleich schließen. Dann würden viele Menschen auf der Straße landen.“



Werkstätten für behinderte Menschen sind Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation.

Foto: Finja Hondrich

## FRAGE DES TAGES

## Was erhoffst du dir von der neuen Regierung?



Ole Kreuzsaler (19): „Dass die Ziele, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind, auch eingehalten werden. Dabei kommt es mir vor allem auf die Inhalte an und dass es dabei weniger innere Streitigkeiten gibt.“



Mehmet Dogan (26): „Einen Neuanfang. Wir hatten jetzt viele Jahre Merkel. Man kann sich schon gar nicht mehr an das erinnern, was davor war.“



Lasse Reimann (24): „Mehr Bildungsgerechtigkeit und dass günstige Alternativen für das Auto geschaffen werden, zum Beispiel bezahlbarere Bahntickets.“



Lara von Deyen (21): „Ich erhoffe mir, dass Klimaziele eher erreicht werden. Außerdem, dass der Staat sozialer wird und dass sozial Schwächere mehr Hilfe bekommen.“



Jooke Patent (21): „Für mich sind Themen zum Klimawandel sehr wichtig. Es muss jetzt aktiv gehandelt und nicht mehr so viel diskutiert werden.“



Jan Geisler (28): „Eine klarere Klimapolitik, eine Stärkung von Arbeitnehmerrechten und den Fortschritt von Digitalisierung.“



Hellen Will (20) und Katrin Süring (22): „Mehr Klimaschutz und konsequentere Handlungen.“



Antonia Vogt (19): „Vielleicht mehr Unterstützung für Studierende, vor allem vor dem Hintergrund der Pandemie, weil Studierende weder Schüler noch Arbeitende sind und deshalb häufig vergessen werden.“



Alicia Hauschildt (20): „Ich hoffe, dass die Wirtschaft und der Klimagedanke mehr Einigung erfahren. Es wäre außerdem schön, wenn der Klimawandel mehr in das Bewusstsein der Menschen gerückt wird, beispielsweise durch mehr Aufklärungsarbeit.“



Adriana Zafiris (22): „Ich erhoffe mir mehr soziale Gerechtigkeit und dass darauf geachtet wird, dass alle Mitglieder der Gesellschaft auch als solche behandelt werden. Gerade im Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund.“



Robin Weinreich (22): „Ich hoffe auf eine Strukturänderung, durch neue Sichtweisen und andere Repräsentanten als bisher. Eine neue Präsentation des Landes, die dann auch vielleicht auf andere EU-Mitgliedsländer abfärben kann.“



Trae Bültge (22): „Ich erhoffe mir eine gerechtere Sozialpolitik. Vor allem eine sozialere Klimapolitik, sodass auch Menschen mit weniger Einkommen klimafreundlich leben können.“ Interview und Fotos: Kaja Eilers und Lorena Zapke.

## „Sexismus ist keine Erfindung des Deutschraps“

## #MeToo kommt verspätet in der Musikbranche an

Die Deutschraps-Szene steht unter Druck, seitdem die Initiative „deutschrapsmetoo“ über Instagram im Sommer 2021 zahlreiche Fälle von sexuellen Übergriffen schilderte. Runa Hoffmann hat vor etwa einem Jahr die Berliner Agentur *misc* mitgegründet; sie bietet unter anderem für Musik-Labels Workshops zur Förderung von Diversität und Gleichstellung in der Kulturbranche an.

## INTERVIEW

Die #metoo-Bewegung begann im Jahr 2018. Drei Jahre später werden unter dem #deutschrapsmetoo neue Fälle von sexualisierter Gewalt und Sexismus bekannt. Warum erst jetzt? Es gab immer wieder öffentliche

Anschuldigungen gegenüber Menschen, die anderen sexualisierte Gewalt angetan haben sollen. Das Aufzeigen von Missständen aufgrund von sexistischen Strukturen, ist nichts Neues: Das hat auch meine Mutter schon in den 70ern gemacht. Es ist nur heute einfacher, wenn man das mit einem gemeinsamen Hashtag verbindet. Bei #deutschrapsmetoo trauen sich sehr viele Betroffene, ihre Erfahrungen zu schildern. Die Initiative schafft einen Raum und damit auch Sichtbarkeit von Betroffenen.

Wie hilfreich ist es, wenn mithilfe von Hashtags auf solche Probleme hingewiesen wird? Da kann wahnsinnig viel Sichtbarkeit und Inhalt kreiert werden, der für eine sehr breite Masse zugänglich ist – solange es einen Internetzugang gibt. Aber was machen Menschen, die kein Internet haben, die Instagram oder Twitter nicht nutzen? Außerdem ist es oft ein sehr homogenes Nutzer:innen-Profil. Ich glaube nicht, dass Wandel langfristig und nachhaltig mit einem

Hashtag – als Initiative online – funktionieren kann. Um tatsächlich Veränderung herbeizuführen, muss da wesentlich tiefer und struktureller gearbeitet werden.

Sind Sexismus und sexuelle Übergriffe in der Deutschraps-Szene ein großes Problem? Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. In der Musik- und Kulturbranche gibt es natürlich Eigenheiten, die man beachten muss, wie zum Beispiel das The-



Runa Hoffmann, Gründerin der Agentur „misc“.

ma Personenkult. Dabei gibt es immer ein Machtgefälle. Weil die Kunst oder die Kunstfigur verehrt wird, ist das Verhältnis zwischen einem Künstler – ich nehme jetzt mal nur die männliche Form – und einem Fan so, dass das Interesse an der Person von einer Seite wesentlich größer ist als andersrum. Oft gibt es den Fall, dass Fans mit Backstage genommen werden und dann passiert etwas, was sie eigentlich nicht wollen. Gleichzeitig trauen sie sich aber auch nicht, etwas

zu sagen. Weil sie die Person anheimmeln und nicht uncool sein wollen. Das ist ein großes Dilemma.

## Was muss sich in der Branche ändern?

Es ist nicht damit getan, einem Künstler zu sagen: Deine Texte sind scheiße. Und sie transportieren, sorgt dafür, dass es ein frauenfeindliches oder menschenfeindliches Umfeld gibt. Sexismus ist keine Erfindung des Deutschraps. Wir müssen eher breitflächig und präventiv arbeiten. Das schließt natürlich das Label mit ein, dass bereit ist, bestimmte Inhalte zu publizieren – genauso wie Vertrieb, Management, Booking-Agenturen und Veranstalter:innen. Und natürlich auch die Hörer:innenschaft, die das konsumiert. Außerdem müssen Menschen, die betroffen sind, erkennen, dass sie diskriminiert werden. Es konsumieren genauso viele Frauen Deutschraps oder andere Genres mit menschenverachtenden Textinhalten wie Männer.

Interview: Alex Krause

## DER WENDEPUNKT

## Grün waschen

Von Gaia Braßeler

Ich sitze auf dem Balkon, gehe mit meiner Mitbewohnerin die Werbeprospekte durch, die trotz des Stickers „Keine Werbung“ in unserem Briefkasten landen. Ein Großteil der Produkte scheint „nachhaltig“, „ökologisch“, „fair“ zu sein. Auf jeden Fall viel mehr als früher. Meine Mitbewohnerin sagt zu mir: „Mittlerweile sind wir auf einem guten Weg. Nachhaltigkeit wird nicht mehr als etwas Besonderes präsentiert. Irgendwann wird sie einfach erwartet werden von Firmen.“

Auf den ersten Blick wirkt es tatsächlich so. Lebensmittel, Autos, selbst Fast Fashion von H&M und Zara: alles angeblich nachhaltig. Doch kann ein Produkt der Fast-Fashion-Industrie jemals nachhaltig sein? Wenn das ganze Konzept auf ständig wechselnden Trends und zum Teil wöchentlich neuen Kollektionen basiert? Allein der Vorsatz, nachhaltiger zu produzieren, löst das Hauptproblem von „schneller Mode“ nicht.

Selbst wenn sämtliche Kleidungsstücke der Firmen komplett kompostierbar wären, würde die Kleidung noch immer um die halbe Welt geschifft. Diese oft schlechte Qualität von der schnellen Mode sorgt noch immer dafür, dass viele Kleidungsstücke auf dem Müll landen. Der hohe Wasser- und Energieverbrauch für ein Kleidungsstück, das nur wenige Male getragen wird, wäre noch immer alles andere als nachhaltig.

Der erste Schritt für eine Wende ist getan. Immer mehr Menschen fangen an, nicht nur die Nachhaltigkeit einzelner Produkte zu hinterfragen, sondern unseren Konsum generell. Nicht ohne Grund werden Second-Hand-Mode und Kleidertauschpartys beliebter. Trotz „Greenwashing“ ist also ein positiver Trend bemerkbar.

## IMPRESSUM

**Herausgeber**  
Medienhaus Lüneburg GmbH,  
Am Sande 18-20, 21335 Lüneburg

**Leitung Startwochenzeitung**  
Martin Jäschke, Christopher Piltz, Martin Schlak, Thore Rausch

**Redaktion Print**  
Corinna Ballnat, Gaia Braßeler, Fynn Dresler, Stefan Eichholz, Stella Eick, Kaja Eilers, Luisa Gohlke, Hanno Hinrichs, Alex Krause, Jule Meinberg, Luise Pohlmann, Arne Scharf, Valerie Steinhausen, Lorena Zapke

**Redaktion Social Media**  
Svenja Engelhardt, Helen Gremlitz, Rica Günther, Anna-Sophie Ohlwein, Anna Richter

**Landeszeitung**  
Thorsten Lustmann,  
Hans-Herbert Jenckel